

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 38. Ratssitzung vom 7. Januar 2015

### 620. 2014/260

#### **Weisung vom 27.08.2014:**

#### **Stadtentwicklung, Schweizerischer Städteverband (SSV), Mitgliederbeiträge der Stadt Zürich ab 2015**

Antrag des Stadtrats:

1. Der jährliche Mitgliederbeitrag an den Schweizerischen Städteverband von 60 Rappen pro Einwohnerin oder Einwohner, aktuell Fr. 228 466.20 (entsprechend dem Stand des Landesindex der Konsumentenpreise von 103,9 Punkten, Stand November 2008, Basis Dezember 2005 = 100 Punkte) ab 2015, wird genehmigt.
2. Der Beitrag wird gemäss Art. 32 Abs. 2 der Statuten des SSV der Teuerungs-entwicklung angepasst, wenn sich der Index jeweils im November um mindestens fünf Punkte verändert hat.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, allfällige Erhöhungen der Mitgliederbeiträge aufgrund einer Beschlussfassung der Delegiertenversammlung des Städteverbands, gestützt auf Art. 32 Abs. 1 der Statuten, bis zu maximal Fr. –.90 pro Einwohnerin oder Einwohner in eigener Kompetenz zu genehmigen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Dispositivziffern 1 und 2:

**Cordula Bieri (Grüne):** *In der Weisung geht es um die Mitgliederbeiträge der Stadt für den Schweizerischen Städteverband (SSV). Die Mitgliederbeiträge sollen auf eine unbestimmte Zeitdauer bewilligt werden. Die Höhe beläuft sich auf 60 Rappen pro Einwohnerin und Einwohner der Stadt. Dies entspricht momentan 228 466.20 Franken pro Jahr. Mit Dispositivziffer 3 soll die Stadt die Möglichkeit erhalten, den Beitrag auf 90 Rappen erhöhen zu dürfen, falls die Mitgliedschaft in Zukunft teurer werden sollte. Somit würde sich der erhöhte Mitgliederbeitrag momentan auf 342 699 Franken belaufen. 2010 wurde der Mitgliederbeitrag bereits aufgestockt. Dies war mit dem Wunsch verbunden, einen Bericht über die Mitgliedschaft der Stadt im Städteverband vorgelegt zu bekommen. Dies wurde mit dieser Weisung gemacht und von einer Mehrheit der Kommission für gut befunden. Zürich gehört zu den Gründungsmitgliedern des SSV. Die Bedeutung der Stadt nahm in den letzten Jahrzehnten stetig zu. Immer mehr Menschen leben und arbeiten in Städten. Trotz dieser Wichtigkeit können sie bei wichtigen Entscheiden auf Bundesebene nur beschränkt mitwirken. Der Städteverband setzt sich dafür ein, dass die Stimme der Städte auch in Bundesbern gehört wird. Dies beinhaltet die Teilnahme an Vernehmlassungen und direkte Kontakte nach Bundesbern. Der SSV leistet wichtige Grundlagenarbeiten für städtische Politik und bietet eine gute Plattform für Austausch und Vernetzung unter Schweizer Städten. Zürich hat eine besondere Rolle. Die Stadt arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien mit und setzt sich für die Anliegen der Stadt ein.*

Kommissionsminderheit Dispositivziffern 1 und 2:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Uns ist klar, dass die Stadt in Bern Lobby-Arbeit braucht. Ebenso ist es in Ordnung, dass sich Zürich mit anderen Grossstädten zusammenschliesst. Die Aufstellung des Städteverbands, die letzte Erhöhung und der vorgelegte Bericht verunmöglichen es uns, hinter der bestehenden und prognostizierten Entwicklung stehen. Der SSV ist für uns zu teuer, zu ineffizient und schlecht aufgestellt. Im Jahr 2010 wurden die Beiträge verdoppelt, das Personal wurde verdoppelt und die Bürokratie nahm zu. Es gibt Personal, das Vernehmlassungen macht, es gibt wissenschaftliche Mitarbeiter, es gibt Tagungen, Medienmonitoring und es wurde darauf hingewiesen, dass die PR beachtlich ausgebaut wurde. Dies ist ineffizient, weil der Fokus nicht stimmt. Der SSV hat 130 Mitglieder. 100 davon sind Kleinstädte, 9 sind Grossstädte und es gibt 21 Gemeinden. Diverse Kleingemeinden und Kleinstädte sind im SSV. Aus unserer Sicht kommt es dadurch zu Irritationen. Es wurde versucht, eine Kerngruppe für Grossstädte zu schaffen. Die Zielsetzungen der grossen Städte sind andere als diejenigen der kleinen Städte und Gemeinden. Dies führte zu Irritationen, woraufhin eine Auflösung der Kerngruppe erfolgte. Es kam zu Irritationen des Gemeindeverbandes. Der Städteverband ist unnötig. Wir sind dagegen, die bisherigen Beiträge zu zahlen, wir sind gegen einen weiteren Ausbau und gegen eine Erhöhung der Beiträge. Zürich kann gemeinsam mit der Metropolitankonferenz und den Grossstädten eine neue Städtelobby gründen und eine sinnvolle Lobbyarbeit leisten.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 3:

**Rosa Maino (AL):** *Die Stadtpräsidentin hat während der Vorstellung der Weisung in der Kommission betont, dass eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge kein Thema ist. Deshalb gibt es keinen Grund, die Erhöhung der Mitgliederbeiträge vorauseilend zu bewilligen. Eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge würde zu einer erhöhten Aktivität des SSV führen, was höhere Folgekosten nach sich ziehen würde. Die Mitgliederbeiträge machen nur einen kleinen Beitrag aus. Falls sich der Bedarf nach einer Erhöhung abzeichnen sollte, wird der Rat den Antrag prüfen und bei dieser Gelegenheit auch einen Bericht über die Tätigkeit und Wirksamkeit des SSV und zu seinem spezifischen Nutzen anhören. Die AL hat eine schriftliche Frage zu den zusätzlichen Kosten gestellt. Diese Frage wurde unbefriedigend beantwortet.*

**Cordula Bieri (Grüne):** *Wir finden, dass wir dem Stadtrat das Vertrauen entgegenbringen können.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Städte spielen für den ganzen Kanton und das ganze Land eine wichtige Rolle. Sie stehen in zahlreichen Bereichen der Politik vor speziellen Herausforderungen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass das politische Gewicht von Städten auf nationaler Ebene relativ gering ist. Uns fehlen direkte und institutionell verankerte Kanäle, um den Bund direkt anzusprechen und die Bundespolitik mitprägen zu können. Städte sind von Entscheidungen auf Bundesebene teilweise besonders betroffen und sie müssen*

wichtige Umsetzungsverantwortung wahrnehmen. Zürich hat eine wichtige Vorreiterrolle für das ganze Land. Der Auftrag des SSV beinhaltet die Vertretung und Bündelung städtischer Anliegen auf Bundesebene. Der Städteverband nimmt die Aufgabe als professioneller und gut etablierter Verband wahr und stärkt dadurch auch die Interessen von Zürich, städtischen Gemeinden und Agglomerationen. Zürich gehört zu den Gründungsmitgliedern des SSV. Der SSV bringt der Stadt grossen Nutzen. Wir können in einem frühen Stadium mitreden, mitbeeinflussen, gemeinsam mit anderen Städten zusammenarbeiten. Als einzelne Stadt wäre es weitaus teurer, diese Interessen in Bern zu vertreten. Dank dem SSV hat Zürich direkten Zugang zur Bundesverwaltung, zudem haben wir Personen mit Fachwissen, die wir dem Verband zur Verfügung stellen können. Zürcher Vertreterinnen und Vertreter sind in den Gremien des SSV sehr engagiert. Dies wird auch von den anderen Städten anerkannt und hoch angerechnet. Der Stadtrat schlug vor mit dem Dispositivpunkt 3, dem Stadtrat eine begrenzte Kompetenz zu erteilen, auf Beitragserhöhungen reagieren zu können. Im Moment wird keine derartige Beitragserhöhung angestrebt. Der Gemeinderat scheint dazu nicht bereit zu sein. Eine Erhöhung des Mitgliederbetrags wird von der Generalversammlung heftig diskutiert. Dafür braucht es gute Gründe. Wenn der Gemeinderat jedoch wünscht, dass eine neue Weisung unterbreitet werden soll, sind wir gerne dazu bereit, eine solche Weisung zu unterbreiten.

**Roger Liebi (SVP):** Wir haben in der Schweiz das föderale System und Möglichkeiten, entsprechende Leute in die entsprechenden Parlamente zu schicken. Man müsste nur mit den betreffenden Leuten sprechen. Nationalräte könnten auch für die Stadt sprechen. Auch im Ständerat gibt es entsprechende Möglichkeiten. Dafür braucht es keine weitergehenden Möglichkeiten. Es wird in der Schweiz nicht gerne gehört, dass Zürich die Vorreiterrolle im Land übernimmt. Daniel Regli (SVP) führte die Gründe für die Ablehnung auf.

**Alan David Sangines (SP):** Das Votum von Roger Liebi (SVP) hat genau aufgezeigt, warum die Weisung abgelehnt werden soll. Die Liberalität der Städte wird abgelehnt. Deshalb soll dafür gesorgt werden, dass die Übermacht im National- und Ständerat gewahrt bleibt. Wir finden es gut, dass Zürich eine Vorreiterrolle im Land haben soll. Der Städteverband interveniert gegen die Unternehmenssteuerreform, mit welcher der Stadt weiterhin Mittel entzogen werden. Beim Dispositivpunkt 3 schwenkt die SP zur Mehrheit, da wir den SSV zwar sehr wichtig finden; allerdings sollte wünschbar und notwendig getrennt werden. Ein Blankoscheck an den Stadtrat ist unnötig. Wir möchten die Gründe für eine Erhöhung dargelegt bekommen. Die anderen Städte genehmigen auch keine Blankoschecks. Dies ist unnötig. Der Städteverband kann seine Aufgaben auch mit den bestehenden Mitteln erfüllen, wir sind jedoch zu einer Erhöhung bereit, wenn weitere Aufgabenfelder anfallen würden.

**Marc Bourgeois (FDP):** Es ist demokratiepolitisch fragwürdig, wenn die Teilnahme am SSV aus parteipolitischen Gründen abgelehnt oder unterstützt wird. Die Stadt ist nicht liberal. Cordula Bieri (Grüne) sagte, dass die Städte in Bundesbern unter die Räder gelangen. Aufgrund des Wahlverfahrens in National- und Ständerat kommen nur die grossen Kantone im Ständerat unter die Räder. Dies hat nichts mit einem Stadt-Land Konflikt zu tun. Man sollte vielleicht eher an den Vertretern arbeiten und nicht das ganze System

4 / 5

*hinterfragen. Gegen Lobbying ist nichts einzuwenden, man muss sich aber überlegen, wie weit Zwangslobbying gehen soll und wie viel dies kosten darf. Fortschreiten kann man in unterschiedliche Richtungen.*

**STP Corine Mauch:** *Es ist mit zahlreichen Forschungsarbeiten belegt, dass Städte in vielen Politikbereichen viele innovative Lösungen für die relevanten Probleme gefunden haben. Zürich war beispielsweise im Bereich der Drogenpolitik Vorreiterin. Es ist selbstverständlich nicht immer nur Zürich. Umso wichtiger ist der SSV, weil Zürich diese Funktion gemeinsam mit anderen Städten wahrnimmt.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)  
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)  
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)  
Enthaltung: Rosa Maino (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 41 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

5 / 5

- Mehrheit: Rosa Maino (AL), Referentin; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
- Minderheit: Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 13 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der jährliche Mitgliederbeitrag an den Schweizerischen Städteverband von 60 Rappen pro Einwohnerin oder Einwohner, aktuell Fr. 228 466.20 (entsprechend dem Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise von 103,9 Punkten, Stand November 2008, Basis Dezember 2005 = 100 Punkte) ab 2015, wird genehmigt.
2. Der Beitrag wird gemäss Art. 32 Abs. 2 der Statuten des SSV der Teuerungsentwicklung angepasst, wenn sich der Index jeweils im November um mindestens fünf Punkte verändert hat.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Januar 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Februar 2015)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat